

# „Menschen eine Teilhabe ermöglichen“

Philipp Wilhelm Kranemann,  
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V.

Interview mit Marianne Kolter

*Marianne Kolter kandidiert für DIE LINKE bei der Wahl des Europäischen Parlaments 2019. Sie ist Landessprecherin von DIE LINKE in Schleswig-Holstein und Soziologin. DIE LINKE ist Mitglied der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordischen Grünen (GUE/NGL) im Europaparlament.*

**Was ist Ihr persönlicher Bezug zur Asylpolitik?**

Ich habe angefangen politisch zu arbeiten im Studium in der Anti-Apartheidsbewegung. Daher kenne ich das Thema Rassismus. Ich war auch bei einer Dritte-Welt-Zeitschrift und dort verantwortlich für das südliche Afrika. In der Flüchtlingspolitik bin ich 2015 aktiv geworden. Damals hat mich eine Bekannte aus Pinneberg gefragt, ob ich sie beim Willkommensteam entlasten könnte. Das heißt wir waren diejenigen, die Flüchtlinge am ersten, zweiten, dritten Tag begrüßt haben, eine Patin zur Seite gestellt haben oder sie angemeldet haben. Das habe ich in der ganz aktiven Flüchtlingszeit gemacht. Später betreute ich dann noch längere Zeit eine Familie. Ebenfalls bin ich Mitglied der Seebrücke im Kreis Pinneberg.

**Was hat Sie gereizt nach Brüssel zu gehen oder für das Parlament der EU zu kandidieren?**

Ich sehe zwei wichtige Probleme: Das eine ist die Umwelt- und Klimapolitik, in der die EU mehr tun könnte, als sie jetzt tut. Dies betrifft auch die Landwirtschaftspolitik, die geändert werden sollte. Anstatt wie die EU auf riesige Betriebe wie unsere Maiswüsten zu setzen, wäre es sinnvoller, auf ökologische Produktion umzusteigen oder zumindest ökologisch verträglichere Landwirtschaft zu fördern. Das zweite Thema ist die Sozialpolitik. Ich sehe, dass unsere Gesellschaften auseinanderdriften. Letztes Jahr war ich in Süditalien. Man kann dort wirklich sehen, wie viele Menschen nichts zu tun haben. Dieser Kontinent ist die zweitgrößte Wirtschaft der Welt. Es kann nicht sein, dass dabei Massen von Menschen hinten runterfallen.

**Warum sollten Wähler\*innen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, bei der bevorstehenden Wahl DIE LINKE wählen?**

Weil ich denke, dass DIE LINKE sehr konsequent ist in ihrer Flüchtlingspolitik. Weil wir deutlich gesagt haben, dass wir für offene Grenzen sind und zwar gerade für Menschen, die hierher fliehen. Wir sind auch der Meinung, dass diesen Flüchtlingen bessere Möglichkeiten geboten werden müssen, dass viel mehr für sprachliche und berufliche Aus- und Fortbildung getan werden muss. Diese grundsätzliche Position ist Grund genug, uns zu wählen und ich würde mich dafür auch persönlich sehr stark machen.

**Sie sagten gerade schon, dass Sie Mitglied in der Seebrücke Pinneberg sind. Wie kamen Sie dazu?**

Meine Arbeit in der Seebrücke ist praktisch eine Art politische Übersetzung meiner ursprünglichen Flüchtlingsarbeit. Zunächst habe ich den Menschen geholfen, als sie in Massen kamen. Jetzt geht es aber darum, auch politische Forderungen für die Flüchtlingsarbeit aufzustellen.

Die mir wichtigste politische Forderung ist, dass niemand auf den Fluchtwegen sterben darf. Das betrifft die Menschen im Mittelmeer, aber auch in der Sahara. Es kann einfach nicht sein, dass bundesdeutsche Marineschiffe Flüchtlinge nach Libyen in unmenschliche Situationen zurückdrängen. Das ist eine völlig unerträgliche Situation.

Ich denke aber auch, dass die Seebrücke sich weiter politisieren muss und wir die Forderung nach fairen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den schwächeren Ökonomien aufgreifen müssen.

Es muss Schluss damit sein, dass Afrika unsere Müllhalde ist und gleichzeitig afrikanische Produkte nicht auf den europäischen Markt können. Da muss sehr viel mehr getan werden und auch da kommt Europa ins Spiel.

**Wie beurteilen Sie die Operation Sophia und wie sollte eine solche EU-Mission Ihrer Auffassung nach gestaltet sein?**

Es ist unerträglich, dass im Mittelmeer Bundeswehrschiiffe sind, die aber keine Flüchtlinge retten können. Wenn man den Artikel I des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ wörtlich nimmt, dann ist das entwürdigend und zwar erstens für die Soldaten, die ins Mittelmeer geschickt werden, zweitens für die Menschen, die hilflos im Mittelmeer zurückgelassen werden, aber eigentlich auch für alle von uns. Hilflos mit ansehen zu müssen, wie unsere Steuermittel so eingesetzt werden, dass sie eben nicht helfen, finde ich demütigend. Die private und öffentliche Seenotrettung müsste unterstützt werden. Klar ist auch, dass Italien nicht alle Menschen aufnehmen kann. Da braucht es ein europäisches Konzept.

**Wie ist Ihre Haltung zu einer Reform des Dublin-Systems?**

Dublin hätte nie passieren dürfen. Das ist ein eindeutig im deutschen Interesse geschriebener Vertrag. Natürlich war vollkommen klar, dass wir niemals viele Geflüchtete aufnehmen müssen. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass in Cuxhaven ein Paddelboot aus dem südlichen Afrika anlegt. Von daher war Dublin von Anfang an ungerecht und jeder wusste, dass die südeuropäischen Staaten an der Grenze zu Afrika und Asien die Arschkarte gezogen haben. Das muss natürlich durch eine vernünftige politische Regelung aus der Welt geschafft werden. Wenn wir schon den Anspruch haben, eine große europäische Gemeinschaft zu sein, dann müsste es eigentlich so sein, dass wer an der europäischen Grenze ankommt in Europa Asyl beantragen kann.

**Wie weit oder eng definieren Sie den Begriff der Familienangehörigen, die zu ihren Familien nach Deutschland nachziehen können sollten?**

Ich würde Familienangehörigen bei Erwachsenen, die schon in Deutschland sind, so festhalten: alle Kinder, das heißt



auch die Über-18-Jährigen, und auch die Eltern. Im Falle von Minderjährigen müssten die Eltern und Geschwister mindestens umfasst werden.

**Wo sehen Sie Möglichkeiten dem Rechtsruck in Europa entgegenzuwirken?**

Wir brauchen einmal eine veränderte Sozialpolitik, die Menschen eine Teilhabe ermöglicht. Das ist ein Mindestmaß an Fundament für die Rückentwicklung dieses Rechtstrends. Dann brauchen wir auch eine ganz massive Auseinandersetzung mit Rassismus, damit sich dieses Denken nicht mehr ausbreitet. Ich gehe nicht davon aus, dass man einen harten Rassisten davon überzeugen kann, keiner mehr zu sein, aber man sollte ihm nicht die Möglichkeit geben, solche Meinung auszubreiten. Dann hat sich schon gezeigt, dass da wo Flüchtlinge leben in vielen Fällen diese Abneigung abnimmt. Das verändert die Situation auch.

**Wie sehen Sie die Zukunft der EU?**

Wenn die EU für alle Menschen ein besseres Projekt werden soll, dann müsste man vieles umschreiben wie die Grundlagenverträge, dann müsste deutlich werden, dass die Basis Europas ein höheres Mitsprache- und Mitwirkungsrecht haben soll. Momentan wird die Kommunalpolitik sehr eingeschränkt, obwohl dort Menschen Demokratie ganz aktiv leben können. Ein Europa der Regionen, wie wir es momentan haben, ist meines Erachtens nach auch nicht ausreichend.

Es müsste schon eine deutlich größere Mitsprache aller geben und zwar auch in eventuell neuen EU-Verträgen, die dann in Volksabstimmungen angenommen oder abgelehnt werden.

**Marianne Kolter**

... ist seit vielen Jahren in der Umwelt- und Anti-Atombewegung aktiv. Das dramatische Artensterben, weil die industrialisierte Landwirtschaft keinen Raum lässt, und Klimawandel als Fluchtursache beunruhigen sie sehr.

Um den Klimawandel aufzuhalten und die Umwelt zu schützen, setzt sie sich für eine konsequente Energie- und Mobilitätswende sowie eine Wirtschaft, die nicht auf rücksichtsloses Wachstum setzt, ein. Sie ist davon überzeugt, dass die Klimawende sozial sein muss.

Marianne Kolter ist 63 Jahre alt, wohnt in Pinneberg und hat Soziologie studiert. Heute arbeitet sie als freiberufliche Übersetzerin. Sie ist in Hessen geboren und war in Marburg in der Anti-Apartheidsbewegung aktiv. Durch einen mehrjährigen Auslandsaufenthalt in den USA hat sie einen guten Durchblick über den Tellerrand Deutschlands hinaus.